

1 Beschluss vom Landesausschuss der CDU Hamburg am 05.10.2016

2 **„Soli“ in der nächsten Legislaturperiode abschaffen**

3 Der Solidaritätsbeitrag (Soli) beträgt 5,5 Prozent des Steuerbetrags aus Einkommens-, Kapitaler-
4 trags- und Körperschaftssteuer und wurde vor allem zur Finanzierung der Kosten für die deutsche
5 Einheit eingeführt. Ihn als dauerhafte zusätzliche Belastung für die Bürgerinnen und Bürger fortzu-
6 setzen, war bei seiner Einführung nicht angedacht. Die Union hat daher schon vor längerem ver-
7 sprochen, den Soli abzuschaffen. Dieses Versprechen gilt es nun zu halten und in die Tat umzuset-
8 zen.

9 Die Abschaffung des Soli wäre ein klares Signal an alle, die die Wiedervereinigung mit ihrer Arbeit
10 finanziert haben. Durch ein Auslaufen des Soli würde die Mittelschicht spürbar entlastet werden.
11 Dies ist in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen dringend geboten. Denn als Union wissen wir,
12 dass dies nicht das Geld des Staates, sondern der hart arbeitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
13 nehmer ist. Anstatt neue Ausgabenfelder zu suchen, gilt es die Haushaltsdisziplin zu halten und
14 den Bürgerinnen und Bürgern wieder einen höheren Anteil von ihrem selbstverdienten Einkommen
15 zu überlassen.

16 Anders als komplexe Steuerreformmodelle, deren Umsetzung sehr langwierig wäre und am Ende
17 womöglich erneut scheitern würde, erfordert die Abschaffung des Soli einen überschaubaren Auf-
18 wand. Die Folgen wären für Privatpersonen, aber auch für Unternehmen deutlich berechenbarer
19 und leichter nachzuvollziehen.

20 Die CDU Hamburg steht zur schwarzen Null im Bundeshaushalt. Deshalb ist es uns wichtig, die
21 Auswirkungen dieser Maßnahme im Blick zu haben. Durch die Abschaffung des Soli würden pro
22 Jahr Einnahmen von etwa 15 Milliarden Euro wegfallen. Diese würden kompensiert durch die Steu-
23 ermehreinnahmen der nächsten Jahre. Positive Effekte, die auf Grund des steigenden Konsums der
24 privaten Haushalte durch das zusätzlich verfügbare Einkommen entstehen, sind dabei noch nicht
25 berücksichtigt.

26 Aus Sicht der CDU Hamburg sollte die Abschaffung des Soli in der nächsten Legislaturperiode eine
27 sehr hohe Priorität haben und deshalb als Kernforderung in das Bundestagswahlprogramm aufge-
28 nommen werden.

29 Der Landesausschuss hat daher beschlossen:

30 Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten, in Abstimmung mit der Bundesregierung einen
31 Gesetzesvorschlag zu erarbeiten und dem Bundestag zur Abstimmung vorzulegen, der die Ab-
32 schaffung des Solidaritätsbeitrags auf Einkommens-, Kapitalertrags- und Körperschaftssteuer vor-
33 sieht. Die Abschaffung des Solidaritätsbeitrags soll bis spätestens zum Ende der nächsten Legisla-
34 turperiode wirksam werden.

35 **Weiterer Weg**

36 Bundesparteitag der CDU Deutschlands